

Druck der USA zeigt Wirkung

Parlamentarier wollen die drohende Visumpflicht für USA-Reisen verhindern.

Von Anja Burri, Bern

Damit Schweizer weiterhin ohne Visum in die Vereinigten Staaten einreisen können, sind Parlamentarier über die Parteigrenzen hinweg zu einem Kompromiss bereit: Die Schweiz solle den USA in gewissen Fällen den Zugriff auf Polizeidatenbanken mit DNA-Profilen und Fingerabdrücken erlauben, befand gestern die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK).

Die USA verlangen von der Schweiz einen Informationsaustausch über Terrorverdächtige. Sollte der Bundesrat den US-Behörden den Zugriff auf die Polizeidatenbanken verweigern, wollen diese die Schweiz aus dem Visa-Waiver-Programm kippen. Die von den USA gesetzte Verhandlungsfrist läuft am 30. Juni ab. Offiziell beschloss die APK mit 15 zu 8 Stimmen, das bundesrätliche Verhandlungsmandat zu unterstützen. Der Bundesrat will den USA nur bei «Schwerkriminalität» Zugriff auf die Polizeidaten gewähren, wie es in dem Strategiepapier der Regierung heisst, das dem TA vorliegt. Bezüglich des Datenschutzes orientiert er sich an den Abkommen der USA mit Österreich und Frankreich. Gelingt es dem Bundesrat nicht, diese Forderung durchzusetzen, werde es der Deal im Parlament schwer haben, sagen Vertreter von Grünen, SP und SVP.

Nur in Einzelfällen Zugriff

Wie mehrere APK-Mitglieder berichten, konnte sich die Kommission weiter auf einen Antrag von SP-Nationalrat Martin Naef einigen, der den bundesrätlichen Verhandlungen zusätzliche Leitplanken setzt. Demnach sollen die USA nur in Einzelfällen - bei konkreten Delikten gegen Leib und Leben - Zugriff auf die Polizeidatenbanken erhalten. Beim blossen Verdacht, es könnte jemand ein Terrorist sein, will die APK nicht Hand bieten. Zudem müsse der Datenaustausch zwischen den Schweizer und den US-Behörden überwacht werden. Naef möchte dazu den Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten einbeziehen.